

MORNING NEWS

3. November 2025

INDEX	SCHLUSS	VERÄNDERUNG net	%	VORTAG	INDEX	SCHLUSS	VERÄNDERUNG net	%	VORTAG
DAX	23.958,30	-160,59	-0,67	24.118,89	DJ 30	47.562,87	40,75	0,09	47.522,12
MDAX	29.751,62	-132,69	-0,44	29.884,31	NASDAQ	25.858,13	123,32	0,48	25.734,81
TEC DAX	3.632,22	-31,36	-0,86	3.663,58	Nikkei 225	Börse	geschl.	2,12	51.325,61
Euro Stoxx50	5.662,04	-37,14	-0,65	5.699,18	Hang Seng	26.154,66	248,01	0,96	25.906,65
Bund Future	129,38	-0,01	-0,01	129,39	Euro / US-\$	1,1536	-0,00	-0,01	1,1537
Gold in US-\$	4.013,71	10,80	0,27	4.002,92	Öl (Brent) US-\$	65,10	0,33	0,51	64,77
Bitcoin / US-\$	107.586,26	-2.405,76	-2,19	109.992,03	Ethereum / US-\$	3.732,07	-129,13	-3,34	3.861,20

Vorbörsliche Indikationen (07:00 Uhr)

INDEX	INDIKATION	ABSOLUTE VERÄNDERUNG (zum Schlusskurs Vortag)
DAX	24.017	+59
NASDAQ Future	26.074,50	+70,50

AKTIE	PARITÄT €	VERÄNDERUNG €	%	SCHLUSSKURS XETRA in €	SCHLUSSKURS NYSE in \$	VOLUMEN NYSE
SAP AG	225,38	0,93	0,00	224,45	260,01	1.972.153,00
Nokia OJ	5,99	0,09	0,02	5,90	6,91	94.523.971,00

Unternehmenstermine

UNTERNEHMEN	RIC	ANLASS	ZEIT	SCHÄTZUNG
DAX / MDAX	Heute keine wichtigen Unternehmenstermine			
Europäische Unternehmen	PostNL (07:00 Q3), Ryanair (07:00 Q2)			

Quelle: Bloomberg/dpa/AFX

Konjunkturtermine

LAND	INDIKATOR	MONAT	UHRZEIT	SCHÄTZUNG
D	PMI Verarbeitendes Gewerbe, final	Oktober	09:55	49,6 (49,6)
D	VDMA Auftragseingang	September und Q3	10:00	n/a
EWU	PMI Verarbeitendes Gewerbe, final	Oktober	10:00	50,0 (50,0)
USA	PMI Verarbeitendes Gewerbe, final	Oktober	15:45	52,2 (52,2)
USA	ISM Index Verarbeitendes Gewerbe	Oktober	16:00	49,5 (49,1)
USA	Bauinvestitionen (m/m)	September	16:00	n/a
USA	Wards Kfz-Umsatz, gesamt	Oktober	n/a	15,50 (16,39) Mio

Quelle: Bloomberg

Wall Street Schlussbericht

VOLUMEN	GEHANDELTE AKTIEN (in Mrd.)	US-STAATSANLEIHEN	VERÄNDERUNG	RENDITE (Yield)
Volumen NYSE	1,53 (1,37)	10-jährige Bonds	0,000	4,09%
Volumen NASDAQ	10,86 (10,54)	30-jährige Bonds	-0,281	4,66%

()=Vortag

Angetrieben von einem **starken Ausblick von Amazon** hat die US-Technologiebörse Nasdaq am Freitag deutlicher zugelegt als die Standardwerte. Die Stimmung der Anleger wurde jedoch von **Sorgen** getrübt, dass die **US-Notenbank Fed bei Zinssenkungen vorsichtiger** werden könnte. Die Amazon-Aktie stieg um rund zehn Prozent auf ein Allzeithoch, nachdem der Online-Händler einen Quartalsumsatz über den Schätzungen in Aussicht stellte. Die Papiere von **Apple** gaben nach einer über den Erwartungen liegenden Umsatzprognose für das Weihnachtsquartal leicht nach. Konzernchef Tim Cook hatte auf Lieferengpässe hingewiesen.

Der Dow-Jones-Index schloss 0,08 Prozent fester bei 47.562 Punkten. Der breiter gefasste S&P 500 gewann 0,29 Prozent auf 6841 Zähler, während der Nasdaq Composite um 0,61 Prozent auf 23.725 Punkte zulegte.

Die Hoffnung auf eine baldige Lockerung der Geldpolitik erhielt einen Dämpfer durch Äußerungen von Notenbankern. Der **Präsident der Fed von Atlanta**, Raphael Bostic, sagte, eine **Zinssenkung im Dezember sei trotz der Markterwartungen nicht ausgemacht**. Die **Chefin der Fed von Cleveland**, Beth Hammack, erklärte, sie habe sich der **Zinssenkung am Mittwoch widersetzt**, da die Inflation zu hoch sei. Daraufhin sank die am Markt eingepreiste Wahrscheinlichkeit für eine Zinssenkung im Dezember laut dem FedWatch-Tool der CME Group auf 63 Prozent von zuvor 72,8 Prozent. "Die Bilanzen fallen etwas besser aus als erwartet, werden aber durch etwas restriktivere Kommentare der Fed gedämpft", sagte James Ragan von D.A. Davidson.

Belastend wirkten zudem **Sorgen über die Folgen** der seit einem Monat andauernden **Haushaltssperre**. Aktien von Lebensmittelhändlern wie **Kroger** und dem Einzelhandelsriesen **Walmart** gaben nach. Anleger befürchteten einen Umsatzrückgang, falls die staatlichen Lebensmittelhilfen (SNAP) ausfallen. Daran änderten auch zwei Gerichtsentscheidungen vom Freitag nichts, wonach die Regierung die Hilfen nicht aussetzen darf.

Da wegen der Haushaltssperre keine offiziellen Konjunkturdaten veröffentlicht werden, konzentrieren sich Investoren stark auf die Unternehmensbilanzen. "Die Regierung liefert uns nicht die Daten, von denen wir abhängig geworden sind, also nutzen wir die Unternehmen als Orientierung dafür, wie es um die Wirtschaft bestellt ist", sagte Kim Forrest von Bokeh Capital.

Unter den weiteren Einzelwerten stiegen **Warner Bros Discovery** um knapp vier Prozent nach einem Reuters-Bericht, wonach **Netflix** ein Gebot für das Studio- und Streaming-Geschäft des Unternehmens prüfe. Netflix selbst legte nach der Ankündigung eines Aktiensplits zu. **Western Digital** kletterten nach einem optimistischen Ausblick auf ein Allzeithoch.

Mit Ausnahme von Nvidia haben mittlerweile alle als "Magnificent Seven" bekannten größten US-Technologiekonzerne ihre Quartalszahlen vorgelegt. Anleger bekamen damit einen Einblick, wie massiv Big Tech in künstliche Intelligenz investiert. Am Donnerstag waren die US-Indizes abgerutscht, nachdem Meta und Microsoft die Börsianer mit hohen Ausgaben vergrault hatten. "Die Sorge besteht weniger darin, dass diese Unternehmen riesige Summen investieren, sondern vielmehr darin, dass wir die Rendite in den Ergebnissen bisher nicht sehen und dass die Gewinne möglicherweise auch in Zukunft nicht mit den enormen Ausgaben Schritt halten werden", erläuterte Ipek Ozkardeskaya von der Swissquote Bank.

US Unternehmen

Vor dem Abschied des Starinvestors Warren Buffett als Konzernchef hat sein Unternehmen **Berkshire Hathaway** die Gewinne kräftig gesteigert. Das Firmenkonglomerat, das als Mikrokosmos der US-Wirtschaft gilt, meldete in seiner Quartalsbilanz am Samstag zugleich Barreserven in Rekordhöhe von 381,7 Milliarden Dollar. Das wirft bei Investoren zunehmend die Frage auf, ob Berkshire Hathaway das Geld nicht besser für Aktieninvestments, Firmenübernahmen oder eine Dividende verwenden sollte, statt es weiter auf die hohe Kante zu legen. Diese Aufgabe könnte auf Buffetts designierten Nachfolger Greg Abel zukommen. Er soll den 95-jährigen Buffett zum Jahreswechsel auf dem Chefposten ablösen. Abel gilt als jemand, der stärker in das Tagesgeschäft eingreift als Buffett. Den Vorsitz im Verwaltungsrat, den Buffett bisher in Personalunion innehat, will der von Anlegern verehrte Investor behalten. Das Betriebsergebnis von Berkshire stieg im dritten Quartal um 34 Prozent auf 13,5 Milliarden Dollar. Gründe waren Währungseffekte und eine Erholung der konzerneigenen Versicherungsgeschäfte, die von größeren Katastrophen wie Hurrikans verschont blieben. Der Nettogewinn kletterte um 17 Prozent auf 30,8 Milliarden Dollar. In dieser Kennziffer spiegelt sich neben dem operativen Geschäft auch die Börsenkursentwicklung der von Berkshire Hathaway gehaltenen Aktien wider, darunter Beteiligungen an Apple und American Express. Das zwölfte Quartal in Folge stieß Buffetts Konzern mehr Aktien ab, als er erwarb. Zudem kaufte Berkshire das fünfte Quartal in Folge keine eigenen Aktien zurück (Reuters).

US-Präsident Donald Trump will den Verkauf des neuen KI-Chips Blackwell von **Nvidia** ins Ausland beschränken. "Der neue Blackwell, der kürzlich vorgestellt wurde, ist jedem anderen Chip zehn Jahre voraus, aber nein, wir geben diesen Chip nicht an andere weiter", sagte Trump am Sonntag (Ortszeit) gegenüber Reportern. Die Äußerungen an Bord der Air Force One deuten darauf hin, dass die Regierung die Ausfuhr des hochentwickelten Chips nicht ohne Weiteres genehmigen wird. Trump fügte hinzu, er treffe sich regelmäßig mit Nvidia-Chef Jensen Huang (Reuters).

Marktmeldungen

In **Japan** und **Russland** bleiben die Börsen heute aufgrund eines **Feiertags** geschlossen.

Im Streit um die Lieferprobleme beim wichtigen Chip-Hersteller **Nexperia** hoffen Bundesregierung und Industrie nach neuen Aussagen aus China auf einen Ausweg aus der Krise. Zuvor hatte die **Regierung in Peking** die **Ausfuhr dringend benötigter Halbleiter** in Aussicht gestellt. Als Reaktion teilte das Bundeswirtschaftsministerium in Berlin auf Anfrage mit: "Die jüngsten Meldungen aus China sind positive erste Signale der Entspannung." (dpa/AFX).

Im Streit um den niederländischen Chiphersteller **Nexperia** hat die **chinesische Tochtergesellschaft** nach einem Lieferstopp durch die Muttergesellschaft erklärt, ihre **Lieferkette sei gesichert**. Man verfüge über **ausreichende Lagerbestände**, um die Aufträge bis zum Jahresende und darüber hinaus zu erfüllen, teilte die chinesische Sparte am Sonntag mit. Zudem suche man bereits neue Lieferanten für Wafer. Der Lieferstopp durch die Muttergesellschaft sei "einseitig" und "äußerst unverantwortlich", hieß es in der Mitteilung weiter (Reuters).

Der **Generalinspekteur der Bundeswehr**, Carsten Breuer, will beim Eindringen von **Drohnen** in den **deutschen Luftraum** möglichst auf einen Abschuss verzichten. Grund sei die Gefahr von Kollateralschäden. "Es geht darum, den Nutzen der Drohnen für den Gegner zu begrenzen und gleichzeitig unsere eigene Handlungsfähigkeit zu sichern", sagte er dem *Redaktionsnetzwerk Deutschland* (RND). "Das kann man zwar erreichen, indem man Drohnen abschießt – aber dabei entsteht ein Problem: Die getroffene Drohne stürzt ab, und auch die verschossene Munition fällt irgendwo zu Boden." Im Umfeld von Städten könne so größerer Schaden entstehen. Die Bundeswehr setze deswegen auf andere Techniken wie das elektronische Abbringen vom Kurs, die Übernahme oder das Einfangen mit Netzen. Zudem sprach sich Breuer für eine **Musterung aller jungen Männer** aus und erteilte einem Losverfahren vorab eine Absage. "Aus militärischer Sicht ist es entscheidend, dass jeweils der gesamte Jahrgang gemustert wird", sagte er dem RND. "Nur so wissen wir, wer zur Verfügung steht und auf wen wir im Verteidigungsfall, den wir verhindern wollen, zugreifen könnten."

Die **Festnahme eines Syrers in Berlin** unter dem **Verdacht eines terroristischen Anschlagplans** belegt nach Ansicht von Bundesinnenminister Alexander Dobrindt eine **allgemeine Gefährdungslage**. "Die Festnahme in Berlin zeigt erneut, dass die Gefährdungslage in Deutschland durch den Terrorismus zwar abstrakt, aber dennoch hoch ist", erklärte der CSU-Politiker am Sonntag. "Die Aktivitäten des ... seit 2023 in Deutschland befindlichen Syrers, die auf Anschlagsvorbereitungen hindeuten, wurden rechtzeitig erkannt." Nach Angaben der Berliner Generalstaatsanwaltschaft war der 22-Jährige am Samstagmorgen in einer Wohnung im Berliner Stadtteil Neukölln festgenommen worden. "Er soll im Bundesgebiet einen dschihadistisch motivierten, terroristischen Anschlag geplant haben", sagte Behördensprecher Michael Petzold (Reuters).

Bundesbank-Präsident Joachim Nagel fordert eine längere **Lebensarbeitszeit**. "Wir müssen uns ehrlich machen. Wir sind eine alternde Gesellschaft. Wir müssen länger arbeiten, um uns den Wohlstand zu erhalten, den die Generationen nach dem Krieg aufgebaut haben", sagte Nagel dem Medium Table.Briefings einem Bericht zufolge. "Man muss den Menschen zutrauen, zu verstehen, wo die Herausforderungen liegen." Wenn zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit nicht auch unangenehme Fragen beantwortet würden, würden Deutschland und Europa zurückfallen. Wie andere Ökonomen äußerte sich Nagel zuversichtlich über die **wirtschaftliche Entwicklung** im kommenden Jahr. "Die deutsche Wirtschaft kann jetzt auf einen moderaten Wachstumspfad einschwenken. Wir werden im nächsten Jahr mehr Wachstum sehen, wenn die Zukunftsausgaben richtig gesetzt werden. Dann kann aus dem zarten Pflänzlein mehr werden." (Reuters).

Die **EU-Kommission** hat sich zuversichtlich zu den Aussichten für eine Lösung im Streit mit **China** über **Exportbeschränkungen** geäußert. Die EU und China würden ihren Dialog über die Exportkontrollpolitik fortsetzen, teilte EU-Handelskommissar Maros Sefcovic am Samstag auf der Online-Plattform X mit, einen Tag nach Gesprächen von Vertretern beider Seiten in Brüssel. China habe zudem bestätigt, dass die kürzlich angekündigte Aussetzung der Ausfuhrbeschränkungen bei **Seltenen Erden** auch für die EU gelte (Reuters).

Der **Kreml** hält ein **Treffen zwischen Präsident Wladimir Putin** und **US-Präsident Donald Trump** zur Lösung des Ukraine-Konflikts derzeit nicht für nötig. Vielmehr sei "sehr sorgfältige Arbeit an den Details" erforderlich, sagt Kreml-Sprecher Dmitri Peskow am Sonntag laut der staatlichen Nachrichtenagentur Tass (Reuters).

Der **Iran** hat angekündigt, seine von Israel und den USA bombardierten **Atomanlagen** leistungsfähiger wieder aufzubauen. "Die Zerstörung von Gebäuden und Fabriken wird für uns kein Problem darstellen, wir werden sie wieder aufbauen, und zwar mit größerer Stärke", sagte der iranische Präsident Massud Peseschkian am Sonntag bei einem Besuch der nationalen Atomenergiebehörde. Die Islamische Republik strebe allerdings keine Atomwaffen an, bekräftigte er (Reuters).

Ein **US-Gericht** hat am Freitag (Ortszeit) eine **Anordnung von US-Präsident Donald Trump** zum **Nachweis der Staatsbürgerschaft bei Wahlen** dauerhaft gestoppt. Die zuständige Richterin in Washington entschied, die Verfassung gebe den Bundesstaaten und nicht dem Präsidenten die Aufsicht über Wahlen. Mehrere Gerichte hatten die Anordnung vom 25. März bereits vorläufig blockiert. Die Entscheidung vom Freitag ist jedoch die erste endgültige (Reuters).

Die **US-Regierung** hat den **Zugang für Journalisten** zu den Büros von Pressesprecherin Karoline Leavitt und anderen hochrangigen Mitarbeitern **eingeschränkt**. Wie aus einem am Freitag veröffentlichten Memorandum des Nationalen Sicherheitsrates hervorgeht, benötigen akkreditierte Journalisten für den als "Upper Press" bekannten Bereich ab sofort einen Termin. Zur Begründung wurde der Schutz sensibler Informationen angeführt. Die Regelung trat mit sofortiger Wirkung in Kraft (Reuters).

Die von **US-Präsident Donald Trump** angeordneten **Atomwaffentests** werden nach Angaben des zuständigen Ministers **vorerst keine nuklearen Explosionen** umfassen. "Ich denke, die Tests, über die wir im Moment sprechen, sind Systemtests", sagte **Energieminister Chris Wright** am Sonntag dem Sender *Fox News*. "Das sind keine nuklearen Explosionen. Das ist das, was wir nicht-kritische Explosionen nennen." Dabei würden alle Teile einer Atomwaffe mit Ausnahme des nuklearen Sprengsatzes erprobt. Nukleare Explosionen hingegen würden auf Grundlage vorhandener Forschungsdaten simuliert (Reuters).

Die **USA** und **China** wollen direkte **militärische Kommunikationskanäle** einrichten, um das Konfliktrisiko zu verringern und mögliche Krisen zu deeskalieren. Dies teilte US-Verteidigungsminister Peter Hegseth am Samstag nach einem Treffen mit seinem chinesischen Amtskollegen Dong Jun in Malaysia mit. Auf der Plattform X schrieb Hegseth, sein Treffen mit Verteidigungsminister Admiral Dong Jun sei "ebenso positiv" gewesen wie die vorangegangene Begegnung von US-Präsident Donald Trump und dem chinesischen Staatschef Xi Jinping in Südkorea. Weitere Treffen zur Einrichtung besserer militärischer Kommunikation seien geplant, erklärte Hegseth weiter (Reuters).

Südkoreas Präsident Lee Jae Myung hat bei einem Treffen mit **Chinas Staatschef Xi Jinping** um Unterstützung für eine **Wiederaufnahme des Dialogs mit Nordkorea** geworben. Die jüngsten hochrangigen Kontakte zwischen China und Nordkorea seien positiv, sagte Lee am Samstag bei dem Treffen im südkoreanischen Gyeongju. Er hoffe, dass Südkorea und China diese günstigen Bedingungen nutzen würden, um den Dialog mit der Führung in Pjöngjang wieder aufzunehmen. Xi kündigte an, die Zusammenarbeit mit Südkorea ausbauen zu wollen (Reuters).

Die **USA** wollen die **Rüstungskoooperation** mit dem kommunistischen **Vietnam** ausbauen. Das kündigte US-Verteidigungsminister Pete Hegseth am Sonntag zum Auftakt seines Besuchs in Hanoi an. "Eine vertiefte Zusammenarbeit wird unseren beiden Ländern zugutekommen", sagte er. Die USA hätten bereits drei Schiffe an die vietnamesische Küstenwache und drei T-6-Übungsflugzeuge geliefert und beabsichtigten, neun weitere Flugzeuge zu

liefern. In einer Erklärung des vietnamesischen Verteidigungsministeriums hieß es, beide Seiten seien übereingekommen, die sicherheitspolitische Zusammenarbeit weiter zu fördern, auch in Bereichen wie der Rüstungsindustrie (Reuters).

US-Finanzminister Scott Bessent sieht **Teile der US-Wirtschaft** in einer **Rezession** und pocht deswegen auf weitere Zinssenkungen der Notenbank Fed. Dies gelte besonders für den Wohnungsmarkt, sagte Bessent am Sonntag dem Sender CNN. "Ich denke, wir sind in einer guten Verfassung, aber ich denke auch, dass es Wirtschaftssektoren gibt, die sich in einer Rezession befinden", sagte Bessent. "Die Fed hat mit ihrer Politik eine Menge Verteilungsprobleme verursacht." (Reuters).

Kanadas Premierminister Mark Carney hat sich bei **Donald Trump** für den **Anti-Zoll-Werbeclip** der Provinz Ontario entschuldigt, der den US-Präsidenten erbost hatte. "Ich habe mich bei Donald Trump direkt entschuldigt", sagte Carney vor Journalisten auf eine Nachfrage. "Der US-Präsident hatte sich durch den Werbespot beleidigt gefühlt" (dpa/AFX).

Eine neue **Expertenregierung** in der **Republik Moldau** sieht als wichtigste Aufgabe den Abschluss der **Beitrittsverhandlungen zur EU** bis 2028. Das Kabinett mit dem parteilosen Wissenschaftler und Investmentbanker Alexandru Munteanu (61) an der Spitze wurde in Chisinau von Präsidentin Maia Sandu vereidigt. Das meldete die staatliche Nachrichtenagentur Moldpress (dpa/AFX).

US-Präsident Donald Trump will der **Ukraine** keine **Tomahawk-Langstreckenraketen** liefern. Auf eine entsprechende Frage eines Reporters an Bord der Air Force One antwortet er: "Nein, nicht wirklich." (Reuters).

Die **Energieminister** der **Gruppe der Sieben** (G7) verurteilen während ihres Treffens im kanadischen Toronto die **russischen Angriffe auf das ukrainische Energiesystem**. "Die jüngsten russischen Angriffe auf die Erdgasinfrastruktur der Ukraine schaffen Risiken für die Bevölkerung und Menschenleben", heißt es in einer gemeinsamen Erklärung. Die G7 wollen die Ukraine zudem bei der Deckung ihres Energiebedarfs unterstützen (Reuters).

Die **Ukraine** hat nach Angaben ihres Präsidenten Wolodymyr Selenskyj ihren **Patriot-Schutzschirm** gegen russische Luftangriffe mit deutscher Hilfe ausgebaut. "Ich danke Deutschland und persönlich Bundeskanzler Friedrich Merz für diesen gemeinsamen Schritt zum Schutz von Menschenleben vor dem russischen Terror", erklärte Selenskyj auf Facebook und auf der Plattform X. Details zu dem deutschen Beitrag zu den Flugabwehrsystemen nannte er nicht. "Wir haben diese Verstärkung der Luftabwehr seit einiger Zeit vorbereitet, und nun sind die getroffenen Vereinbarungen umgesetzt." (dpa/AFX).

Die **Ukraine** hat **Russland** am Freitag **gezielte Angriffe auf für Atomkraftwerke wichtige Umspannwerke** vorgeworfen. Dies trage die Züge von Nuklearterrorismus und sei eine schwere Verletzung des humanitären Völkerrechts, hieß es in einer Erklärung des Außenministeriums in Kiew. Das Ministerium bezog sich auf eine Mitteilung der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) vom Donnerstag. Die IAEA hatte von militärischen Aktivitäten berichtet, die zu Schäden an für die nukleare Sicherheit wichtigen Umspannwerken geführt hätten. Die Behörde nannte Vorfälle in der Nähe der Atomkraftwerke Südukraine und Chmelnyzkyj. Zudem habe das Kraftwerk Riwne die Leistung von zwei seiner vier Reaktoren drosseln müssen (Reuters).

Nach **russischen Angriffen** auf die **Energie-Infrastruktur** ist in der gesamten ostukrainischen **Region Donezk** der Strom ausgefallen. Dies teilt Regionalgouverneur Wadym Filaschkin mit. Die Behörden arbeiteten an der Wiederherstellung der Stromversorgung. Zuvor waren bereits in der südöstlichen **Region Saporischschja** nach russischen Angriffen in der Nacht fast 60.000 Einwohner ohne Strom, wie der dortige Gouverneur Iwan Fedorow mitteilte (Reuters).

Die **russische Luftabwehr** hat nach Angaben des Moskauer Bürgermeisters drei **ukrainische Drohnen** mit Kurs auf Russlands Hauptstadt abgeschossen. Wie Sergej Sobjanin auf Telegram weiter schreibt, untersuchen nun Spezialisten die Trümmer der Drohnen an den Absturzstellen. Das russische Verteidigungsministerium hatte zuvor gemeldet, dass innerhalb von drei Stunden 38 ukrainische Drohnen über zwei Regionen im Süden Russlands sowie über der 2014 von der Ukraine annektierten Krim abgefangen und zerstört worden seien (Reuters).

Bundeskanzler Friedrich Merz ist sich nach Angaben seines Sprechers mit **Israels Ministerpräsident** Benjamin Netanjahu einig, dass "die humanitäre Hilfe die Menschen in Gaza sicher und in ausreichendem Maße erreichen" müsse. Zudem hätten beide in einem Telefonat darüber gesprochen, dass Hamas die sterblichen Überreste der letzten israelischen Geiseln umgehend übergeben müsse (Reuters).

Die **Hamas** hat nach israelischen Angaben die **Leichen dreier weiterer Geiseln** an **israelische Streitkräfte** im Gazastreifen übergeben. Die Übergabe sei über das Rote Kreuz erfolgt, teilt das Büro von Ministerpräsident Benjamin Netanjahu mit. Die sterblichen Überreste sollen zur Identifizierung nach Israel gebracht werden. Israel die Hamas beschuldigt, die Übergabe zu verzögern. Die Hamas hat hingegen erklärt, sie arbeite unter schwierigen Bedingungen so schnell wie möglich (Reuters).

Gesundheitswesen

Die **gesetzlichen Krankenversicherungen** (GKV) warnen vor **weiter steigenden Beiträgen** im neuen Jahr auch mit dem vorgesehenen Sparpaket der Bundesregierung. Die vorgelegten Eingriffe reichten "absehbar nicht aus, Zusatzbeitragserhöhungen im Jahr 2026 zu verhindern", schreibt die Techniker Krankenkasse in einer Stellungnahme für eine Anhörung zu den Gesetzesplänen am Montag im Bundestag. Der Dachverband der Betriebskrankenkassen (BKK) erklärt, wegen des nötigen Auffüllens von Rücklagen würden "etliche Kassen auch im kommenden Jahr Beitragssatzanpassungen vornehmen müssen" (dpa/AFX).

Industrie

Die **deutsche Wirtschaft** steht vor einem **weiteren schwierigen Jahr**. Darauf deutet eine neue Konjunkturmfrage des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) Köln hin. Demnach planen 36 Prozent der Unternehmen, im kommenden Jahr Stellen zu streichen, nur 18 Prozent schaffen neue Jobs (dpa/AFX).

CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann hat sich dafür ausgesprochen, dass die EU die **Stahlbranche** mit Einfuhrzöllen gegen **Dumping-Konkurrenz** schützt. Linnemann warf am Sonntagabend in der **ARD** vor allem China vor, gezielt mit Dumping-Preisen auf den europäischen Markt zu drängen. Er sei vergangene Woche bei dem Kranhersteller Liebherr in Baden-Württemberg gewesen, der riesige Probleme habe. **Chinesische Konkurrenten** produzierten dieselben Güter und "besetzen den europäischen, den deutschen Markt, gehen 50 Prozent unter Marktpreis, machen unsere Firmen kaputt", kritisierte Linnemann. Danach würden die Preise aber wieder angehoben. Deshalb müsse man sich gegen Dumping-Praktiken der Chinesen wehren. "Ich wäre auch dafür, dass die Europäische Union da zu Potte kommt, ganz klar", sagte Linnemann auf eine Frage nach den Einfuhrzöllen. Zuvor hatte die saarländische Ministerpräsident Anke Rehlinger (SPD) gefordert, dass die EU mit Zöllen gegen Dumping-Stahl vorgehen müsse.

Lebensmittel / Getränke

Der weltweit tätige Spirituosenkonzern **Campari** ist ins Visier der **italienischen Steuerfahndung** geraten. Die Finanzpolizei beschlagnahmte Aktien des Traditionsunternehmens aus Mailand im Wert von annähernd 1,3 Milliarden Euro. Hintergrund sind Vorwürfe, dass in den vergangenen Jahren nach Milliardengewinnen in großem Stil Steuern hinterzogen worden seien, wie die Ermittlungsbehörden mitteilten. Die Aktien gehören dem Mehrheitsaktionär von Campari, einer Holding namens **Lagfin** mit Sitz in Luxemburg (dpa/AFX),

Öl & Gas

Das Ölkartell **Opec+** plant zum Jahresende eine weitere **Produktionserhöhung**. Danach sollen jedoch die Fördermengen im ersten Quartal nicht ausgeweitet werden, wie der Verbund aus acht Staaten nach einer Online-Sitzung mitteilte (dpa/AFX).

Wegen US-Sanktionen gegen russische Ölkonzerne hat **Bulgarien** den **Export von Diesel und Flugzeugkraftstoff** vorübergehend untersagt. Das Verbot gilt auch für Lieferungen an EU-Staaten. Das Parlament in Sofia verabschiedete eine entsprechende Entscheidung, um zu vermeiden, dass diese Erdölprodukte künftig knapp werden (dpa/AFX).

Reisen / Luftfahrt / Freizeit

Passagiere der **Lufthansa** müssen vorerst keine Pilotenstreiks fürchten. Die **Pilotengewerkschaft VC Cockpit** (VC) will der Airline im **Tariftreit um die Altersversorgung** mehr Zeit geben, um ein verbessertes Angebot vorzulegen. Das zeigt ein Tarif-Rundschreiben von VC an ihre Mitglieder, das der *Deutschen Presse-Agentur* vorliegt. Man fordere den Arbeitgeber nochmals mit Fristsetzung auf, ein verhandlungsfähiges Angebot für die seit Mai laufenden Gespräche vorzulegen, heißt es darin.

Der Chef der Airbus-Militärsparte **Airbus Defence and Space** fordert die Branche angesichts der angespannten **geopolitischen Situation** zur **Vorsorge** auf. Es gehe nun darum, "unter anderem auch Rohstoffe und Komponenten auf Lager" zu halten, sagte Michael Schöllhorn der *"Süddeutschen Zeitung"* laut Vorabbericht, "so wie es im Kalten Krieg auch schon der Fall war". Man müsse nun "eine gewisse Grundreserve verfügbar halten, auch wenn das Geld kostet". Zudem bekräftigte Schöllhorn das Bekenntnis zum Luftkampfsystem **FCAS**, warnte aber vor einem möglichen Alleingang des Partners Dassault. Angesichts der Sicherheitslage müsse das Projekt zudem deutlich vor 2040 fertiggestellt werden. Auch bezeichnete er die geplante Fusion der Satellitensparten von Leonardo, Thales und Airbus als "überlebenswichtig", um im globalen Wettbewerb mit den USA und China zu bestehen.



STEBING AG
WERTPAPIERHANDELSBANK



FAROS Private Markets Database

Die kostenlose Datenbank für institutionelle Investoren

privatemarkets.faros-consulting.de

Kontakt

Wolfgang Steubing AG
Wertpapierdienstleister
Goethestraße 29
60313 Frankfurt a. M.
T +49 69 29716 0
F +49 69 29716 111
info@steubing.com
www.steubing.com

Morning News

Alexander Dietzer
T +49 69 29716 149
alexander.dietzer@steubing.com

Institutionelle Kundenbetreuung

Michael Heidn
T +49 69 29716 131
michael.heidn@steubing.com

Wolfgang Schroth
T +49 69 29716 144
wolfgang.schroth@steubing.com

Haftungsausschuss

Die beigelegten Presseauszüge spiegeln Informationen und Meinungen der jeweiligen Analysten und Redaktionen wider. Neben den Presseauszügen enthält dieses Dokument Informationen, die durch die Wolfgang Steubing AG Wertpapierdienstleister, nachfolgend Steubing AG, erarbeitet wurden. Obwohl die Steubing AG sämtliche Angaben und Quellen für verlässlich hält, kann für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der enthaltenen Informationen keine Haftung übernommen werden. Insbesondere wird für Irrtum und versehentliche unrichtige Wiedergabe, insbesondere in Bezug auf Kurse und andere Zahlenangaben, jegliche Haftung ausgeschlossen. Die Steubing AG übernimmt keine Verpflichtung zur Richtigstellung etwa unzutreffender, unvollständiger oder überholter Informationen.

Dieses Dokument dient lediglich der Information. Auf keinen Fall enthält es Angebote, Aufforderungen oder Empfehlungen zum Kauf oder Verkauf von Wertpapieren oder anderen Finanzinstrumenten. Die in diesem Dokument enthaltenen Informationen stellen keine „Finanzanalyse“ im Sinne des Wertpapierhandelsgesetzes dar und genügen auch nicht den gesetzlichen Anforderungen zur Gewährleistung der Unvoreingenommenheit der Finanzanalyse und unterliegen keinem Verbot des Handels vor der Veröffentlichung von Finanzanalysen. Sie können insbesondere von den von Steubing AG veröffentlichten Analysen von Finanzinstrumenten und ihrer Emittenten (Research) abweichen. Bevor Sie eine Anlageentscheidung treffen, sollten Sie Ihren Anlageberater konsultieren.

Die Informationen in diesem Dokument richten sich ausschließlich an institutionelle Investoren und professionelle Marktteilnehmer; es ist nicht für die Verbreitung an Privatpersonen geeignet. Dieses Dokument ist entsprechend des deutschen Aufsichtsrechts erstellt worden und wird von der Steubing AG nach Maßgabe dieser Vorschriften übermittelt. Ausländische Rechtsordnungen können die Verbreitung dieses Dokuments beschränken. Eine Weitergabe oder Verbreitung dieses Dokuments ist daher nur nach vorheriger ausdrücklicher Zustimmung der Steubing AG gestattet.

Die Steubing AG, die dieses Dokument verbreitet, unterliegt der Aufsicht durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht in Deutschland.

© 2025 Wolfgang Steubing AG Wertpapierdienstleister. Alle Rechte vorbehalten.

Zuständige Aufsichtsbehörde

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)
Graurheindorferstraße 108
D-53117 Bonn

und

Marie-Curie-Str. 24-28
D-60439 Frankfurt

